



Hermann Schlatter
Kantons- + Grossstadtrat
Präsident SVP Stadt Schaffhausen
Hauptstrasse 4, 8231 Hemmental
hemo1@bluewin.ch
0041 79 681 31 08



Hemmental, 14.10.2026
Grosser Stadtrat
E: 14.10.2026
Nr. 41/2026

Stadtrat der Stadt Schaffhausen

Stadthaus

8200 Schaffhausen

Kleine Anfrage zur Medienmitteilung des Städteverbands «Kein Ständemehr beim Unterwerfungsvertrag»

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Stadträte

Der Schweizerische Städteverband hat am 30. September eine Medienmitteilung publiziert. Darin lehnt der Verband die Notwendigkeit des Ständemehrs im Zusammenhang mit dem EU-Unterwerfungsvertrag ab. [Kein Ständemehr – für eine starke Schweiz | Schweizerischer Städteverband](#).

Der Verband stellt sich damit klar gegen ein Ständemehr bei den Bilateralen III. Er argumentiert unter anderem, ein Ständemehr würde das Stimmgewicht der urbanen Bevölkerung «unverhältnismässig schmälern». Gleichzeitig bezeichnet er das Ständemehr als Pfeiler des Föderalismus.

Hier wird offensichtlich mit Steuergeld Politik auf übergeordneter Ebene betrieben. Das ist nicht Sache der städtischen Exekutiven und schon gar nicht von einem mit Steuergeldern finanzierten Verband. Nur weil die Städte linksdominiert sind, ist das noch lange keine Legitimation, um sich auf nationaler Ebene (wo die Mehrheiten anders sind) einzumischen.

Die Stadt Schaffhausen ist Mitglied des Schweizerischen Städteverbands. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen zur Haltung des Stadtrats sowie dazu, inwieweit solche politischen Stellungnahmen des Verbands von seinen Mitgliedstädten mitgetragen werden. Dazu stelle ich folgende Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Forderung des Städteverbands nach einem Verzicht auf das Ständemehr bei den Bilateralen III?
2. Wurde der Stadtrat vor der Veröffentlichung dieser Position konsultiert oder darüber informiert?
3. Wenn die Stadt Schaffhausen konsultiert wurde, hat der Stadtrat dazu einen offiziellen Beschluss gefasst? Wenn nicht, in welcher Kompetenz lag die Kommunikation der Haltung der Stadt Schaffhausen?
4. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass der Städteverband mit dieser Forderung die Interessen der Stimmberechtigten unserer Stadt vertritt?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Aussage, das Ständemehr würde die urbane Bevölkerung «unverhältnismässig» benachteiligen?
6. Erachtet der Stadtrat solche staatspolitischen Stellungnahmen überhaupt als Aufgabe des Städteverbands?
7. Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat, wenn der Städteverband politische Positionen vertritt, die von den Organen der Stadt Schaffhausen weder beschlossen noch ausdrücklich legitimiert wurden?



Vorweg besten Dank für eine zeitnahe Beantwortung meiner Fragen.

Mit besten Grüssen

Hermann Schlatter